Werkstätigen ihres Gerichtsbezirks für das Richteramt vorgeschlagen worden war. Sie gab einen auf das Wesentliche konzentrierten, sehr überzeugenden Rechenschaftsbericht über die Arbeit des Volksgerichts, über ihre Arbeit als Richter und über ihr Leben und ihre Entwicklung. Aus der Versammlung heraus sprachen sich mehrere Diskussionsredner, darunter eine ältere Deputierte des Sowjets, welche die Arbeit der Richterin schon lange kannte, für die Wiederwahl aus. Es war deutlich erkennbar, daß die Richterin allen Versammlungsteilnehmern gut bekannt war¹.

Die Aktivität und Anteilnahme der Bevölkerung an der Richterwahl wurde uns ganz besonders am Tag der Wahl selbst deutlich. Wir hatten Gelegenheit, den Wahlvorgang auch auf dem Dorf und in einer mittleren Stadt kennenzulernen. Die Wahlen beginnen bereits um 6 Uhr früh, und um 24 Uhr schließt der Wahlvorgang ab. Schon um 6 Uhr waren zahlreiche Wähler erschienen. Der Hauptteil der Wahlberechtigten kam in der Zeit von 9 bis 12 Uhr in die Wahllokale, und um die Mittagszeit herum waren bereits über 50 bis 80 Prozent aller Wahlberechtigten zur Wahl gekommen. Die erste Erkenntnis, die wir bei den Besuchen mehrerer Wahllokale gewannen, war, daß alle Bürger, mit denen wir uns unterhielten, ihren Richter kannten. Sie sagten uns, daß sie ihn aus Rechenschaftslegungen und aus Justizveranstaltungen kennen. Zum Teil wurde der Richter schon zum dritten, vierten oder fünften Male an diesem Gericht gewählt. Die zweite Erkenntnis war, daß der Wahltag selbst für die Bevölkerung, ganz besonders aber auf dem Lande, wirklich ein Festtag ist. Das kam nicht nur in den mit sehr viel Liebe ausgestatteten Wahllokalen zum Ausdruck, sondern auch darin, daß die Wähler nach dem Wahlakt noch lange Zeit zusammenblieben und daß alle interessiert waren zu erfahren, in welchem Maß die Wähler ihres Stimmbezirks bereits ihrer Wahlpflicht nachgekommen waren. In den von uns besuchten Dörfern war die Wahl gegen 15 Uhr abgeschlossen, und es fanden anschließend kleine Volksfeste mit Tanz und Konzerten statt.

Bemerkenswert war die Ausgestaltung der Wahllokale. Ein Wahllokal, in das Kolchosbauern und die Werkstätigen einer Sowchose kamen, war mit den Bildern und Auszeichnungen von Bäuerinnen und Bauern geschmückt, die im sozialistischen Wettbewerb hervorragende Leistungen vollbracht hatten. Junge Maler aus Moskau, die ihr „Praktikum“ auf dem Lande absolvierten, hatten die Besten des Kolchos porträtiert. Die Wahlkabinen waren geräumig und sehr gut eingerichtet; besonders würdig war der Platz des Wahllokals ausgestattet, an welchem die Wahlurne aufgestellt war. In allen Lokalen waren zahlreiche Wahlhelfer den Wählern bei der Erledigung der Formalitäten behilflich.

Zum Abschluß noch einige Bemerkungen über die Stellung der gewählten Volksrichter. Der Richter, dessen verfassungsrechtliche Stellung dadurch gekennzeichnet ist, daß er unabhängig und nur dem Gesetz unterworfen ist, ist als gewähltes Organ dem Volke rechenschaftspflichtig und seinen Wählern verantwortlich. Diese demokratische Verantwortung des Richters begründet seine Pflicht, der Bevölkerung Rechenschaft

² Vgl. hierzu auch den Beitrag im „Neuem Deutschland“ vom 13. Dezember 1957, S. 5.

Das Vertragsgesetz und die Aufgaben der Zivilrichter

Von Dr. GEORG FREYTAG, Mitglied des Staatlichen Vertragsgerichts bei der Regierung der DDR

Mit der Ausarbeitung des Entwurfs eines Vertragsgesetzes, die vor rund zwei Jahren erfolgte, war der erste Schritt zur Zusammenfassung der bisherigen Erfahrungen und Vorstellungen von einem Schuldrecht für die sozialistischen Betriebe — unter Übernahme alter, weiterhin brauchbarer Normen — getan worden. Über diesen Entwurf in seinen verschiedenen Fassungen¹ wurde in allen Zweigen der Wirtschaft², in

¹ Letzte Fassung des Regierungsentwurfs in „Die Wirtschaft“ vom 11. April 1957 (Sonderbeilage) und „Vertragssystem“ 1957 Heft 1 (Beilage).

² vgl. z. B. Bericht in „Vertragssystem“ 1957 Heft 2 S. 18.

zu geben und aus ihrer Kritik zu lernen. Es entspricht den demokratischen Prinzipien des Sowjetstaates, daß ein Richter, der seine Pflicht nicht erfüllt oder das Gesetz verletzt, vor Ablauf der Wahlperiode abberufen werden kann. Treten Gründe für eine Abberufung ein, so wird diese Frage von dem Minister der Justiz mit einer Stellungnahme dem Präsidium des Obersten Sowjets der jeweiligen Unionsrepublik vorgelegt. Dieses Organ der höchsten gewählten Körperschaft hat über die Abberufung zu entscheiden³.

Gegen Richter, die sich Disziplinarverstöße zuschulden kommen lassen, werden Disziplinarverfahren von den Disziplinarkollegien der Gebietsgerichte durchgeführt. Ergibt sich, daß in einer Disziplinarsache nicht eine Rüge oder eine strenge Rüge, sondern die Abberufung in Betracht kommt, so leitet das Disziplinarkollegium die Sache an das Ministerium der Justiz der Unionsrepublik oder der Autonomen Republik weiter. Das Ausscheiden des Richters im Wege der Abberufung hat zugleich die Anordnung und Durchführung einer Neuwahl zur Folge. Diese Wahl ist sofort durchzuführen. Der neue Kandidat wird für die restliche Zeit der laufenden dreijährigen Wahlperiode gewählt.

Von Interesse für uns waren natürlich auch die Formen der Zusammenarbeit zwischen dem Volksgericht und dem örtlichen Sowjet. Die gemeinsamen Aufgaben, die alle Organe der Staatsmacht im örtlichen Bereich zu lösen haben, verbinden sie auch zu gemeinsamer Arbeit. Dem örtlichen Sowjet ist eine Information oder ein Bericht über die Schwerpunkte der Arbeit des Volksgerichts von großem Nutzen für seine eigene Arbeit. Das Exekutivkomitee des Sowjets der Deputierten der Werkstätigen erhält deshalb von dem Volksgericht solche Berichte und macht sich ihren Inhalt nutzbar. Fragen der gemeinsamen Arbeit bei der Entwicklung und Festigung der sozialistischen Gesetzlichkeit bilden von Zeit zu Zeit den Gegenstand gemeinsamer Erörterung der örtlichen Organe der Staatsmacht im Rayon. Abweichend von unserer Praxis kennt man in der Sowjetunion keine regelmäßige Berichterstattung des Volksgerichts vor dem Plenum des örtlichen Sowjets der Deputierten der Werkstätigen. Aber auch in diesem Gremium werden zur gegebenen Zeit allgemeine Fragen der Gesetzlichkeit im Rayon behandelt. Der Kontakt zwischen dem Volksgericht und der örtlichen Volksvertretung besteht überdies im großen Umfang schon dadurch, daß viele Richter und Volksbeisitzer zugleich Deputierte der Sowjets sind.

Wenn wir unsere Studienergebnisse und Reiseeindrücke zusammenfassen, so dürfen wir sagen, daß die Wahlen zu den Volksgerichten in der Sowjetunion für uns eine erneute Bestätigung der Lehre Lenins über das Wesen des sowjetischen Gerichts und seinen tiefen demokratischen Charakter waren. Ein Gericht, das sich aus allgemeinen Wahlen aller Sowjetbürger bildet, das sich in seiner gesamten Arbeit ständig mit dem Volke verbindet, dessen Autorität und Ansehen in seiner ständigen Sorge um die strikte Einhaltung der sozialistischen Gesetzlichkeit und in dem Vertrauen des Volkes wurzeln — ein solches Gericht verdient im wahrsten Sinne des Wortes den Namen Volksgericht.

³ Über die Abberufung der Richter der Gebietsgerichte und der Obersten Gerichte entscheiden die Gebietsowjets bzw. die Obersten Sowjets.

wissenschaftlichen Institutionen³ und darüber hinaus in breiten Kreisen der Bevölkerung ausgiebig diskutiert, und zahlreiche Hinweise haben zu Änderungen am Entwurf geführt. Am 11. Dezember 1957 hat nun die Volkskammer das Gesetz über das Vertragssystem in der sozialistischen Wirtschaft (GBL I. S. 627) beschlossen, auf das die Praxis seit langem wartete.

Das Gesetz, das am 1. Januar 1958 in Kraft getreten ist, enthält die allgemeinen schuldrechtlichen Normen,

³ vgl. z. B. Bericht über eine Tagung der Abt. Zivilrecht des Deutschen Instituts für Rechtswissenschaft, „Staat und Recht“ 1957 Heft 8/9 S. 950.